Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 51 | Montag, den 20. Februar 1933 | Jahrgang 1933

Tagesfragen.

Die Meinung der Stillhaltegläubiger. In dem Bericht, den der Ausschuß der ausländischen Stillhaltegläubiger aus Anlaß der Verlängerung der Stillhaltung um ein Jahr herausgegeben hat, heißt es über die Lage Deutschlands u. a. wörtlich:

„Deutschland hat sowohl in der Ueberwindung seiner innern Schwierigkeiten wie in der Anpassung an die äußere Entwicklung eindrucksvolle Erfolge erzielt. Sie ergaben sich nicht nur aus der Planmäßigkeit und Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen, sondern auch aus der ständigen Zusammenarbeit von Regierung, Reichsbank, Banken und Wirtschaft. All dem lag ein unausgesetztes verständnisvolles Mitgehen der breiten Masse der Bevölkerung zugrunde, die bereitwillig ein Programm unterstützt, das jede Währungsentwertung und die Aufgabe der Goldbasis der Währung ablehnt. Fraglos baut sich vor allem hierauf die Ueberzeugung verantwortlicher deutscher Kreise auf, daß, soweit die innern Bedingungen in Frage kommen und soweit sie von den Außenfaktoren unabhängig sind, das schlimmste Stück des Weges durchschritten ist, der wieder zu bessern Zeiten führen soll."

Das ist ein wörtliches Zitat aus dem Schlußbericht, den 16 Vertreter der sieben Hauptgläubigerländer Deutschlands unterzeichnet haben. Das deutsche Volk hat in den letzten Wochen selten so freundliche Worte über seine Haltung und über die Handlungen früherer Regierungen vernommen. Es ist etwas bitter, daß diese unumwundene Anerkennung aus ausländischem Munde kommt. Sollte es nicht möglich und sollte es nicht vor allen Dingen auch fruchtbarer im Sinne des Aufbaues einer wahren Volksgemeinschaft sein, wenn auch der Ton im Inlande sich wieder ein wenig im Sinne desjenigen wandeln würde, in dem wahrhaft strenge ausländische Kritiker urteilen?

*

Der SA-Sturm auf die Kunstschule. In der Staatlichen Kunstschule in Schöneberg, in der Zeichenlehrer für höhere Schulen ausgebildet werden, haben sich am Freitag nachmittag Vorfälle abgespielt, die selbst innerhalb des politischen Kampfes, der sich leider in letzter Zeit an unsern Hochschulen außerordentlich verschärft hat, einzig dastehen. Während der Prüfung drang ein SA-Sturm in das Gebäude ein, forderte den sofortigen Abbruch der Prüfung, griff die leitenden Professoren tätlich an, setzte sie kurzerhand auf die Straße und vernagelte die Türen der Ateliers mit eisernen Krampen. Ueber die Vorgeschichte dieser nationalsozialistischen „Selbsthilfe" berichtet die „Voss. Ztg." folgendes:

„Ein früherer Schüler des Instituts, Andreas Schreiber, den man seinerzeit, weil er als begabt galt, eine Assistentenstelle bei der Kunstschule eingeräumt hatte, hatte seit geraumer Zeit eine Hetze gegen einen der Professoren der Staatlichen Kunstschule, Professor Tappert, entfesselt, dem er seine politische Linkseinstellung zum Vorwurf machte und „seine mangelnden moralischen Qualitäten". Das Lehrerkollegium, an der Spitze der Direktor der Staatlichen Kunstschule, Professor Kampf, hatte sich schützend vor den angegriffenen Kollegen gestellt und, als dieser jüngst in der Zeitschrift der nationalsozialistischen Studenten, „Der Deutsche Student", in ärgster Weise geschmäht wurde, wurde mit Kündigung der Assistentenstellung und gerichtlicher Verfolgung gedroht. Der Hauptvorwurf der Nationalsozialisten gegen Professor Tappert ging dahin, er habe Schülerinnen nahegelegt, Aktselbstporträts zu malen, eine Behauptung, die, soweit wir wissen, durch nichts bewiesen ist und sich offenbar nur darauf stützt, daß bei einer Ausstellung, die die Kunstschule vor zwei Jahren veranstaltete und bei der auch ehemalige Schülerinnen ausstellten, ein derartiges Bild zur Schau gestellt worden war. Als durch einen Schmäh-Anschlag am Schwarzen Brett, der nach Ansicht des Lehrerkollegiums auf Schreiber zurückzuführen war, und nach der Bemalung der Türen dreier Professoren-Ateliers mit Sowjetsternen, die Autorität der Schule vollständig zu zerrütten drohte, hatte das Lehrerkollegium erwogen, bei dem Kommissar des Reichs für das preußische Kultusministerium, Rust, vorstellig zu werden."

Nahmen die nationalsozialistischen Studenten mit Recht Anstoß an den Portraits, so hätte eine Beschwerde, die nicht unerhört verhallt wäre, bei der Regierung genügt. Selbst Rechtsblätter finden es sehr bedenklich, wenn „die eigenen Anhänger der neuen Regierung ihr so wenig Vertrauen entgegenzubringen scheinen, daß sie ihren Dispositionen vorgreifen." Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß das preußische Unterrichtsministerium, das dem nationalsozialistischen Kommissar Dr. Rust untersteht, den Vorfall strengstens ahnden werde. Welches das Ziel der in Aussicht gestellten Untersuchung sein soll, ist noch nicht klar. Der Studentenausschuß der Staatlichen Kunstschule hat einstimmig eine Resolution gefaßt, in der von der Regierung Schutz gegen Uebergriffe verlangt wird. Bisher sei es gelungen, die Politik von der Schule zu bannen. Unabhängig von der politischen Einstellung stehe die gesamte Studentenschaft auf dem Standpunkt, daß die sachliche Arbeit nach wie vor gewährleistet werden müsse. Das Lehrerkollegium und auch die Beamtenschaft teilten, wie erklärt wird, unabhängig von ihrer politischen Einstellung die Meinung der Studentenschaft. Es ist selbstverständlich, daß die „Selbsthilfe" der SA-Leute von allen auf's schärfste verurteilt wird, die noch Achtung vor Gesetz, Ordnung und akademischer Würde haben. Mit einer beabsichtigten Schließung der Kunstschule, von der man liest, kann die Sache nicht abgetan sein, zumal darunter auch Unschuldige zu leiden haben würden. Es handelt sich aber darum, daß die schuldigen SA-Leute strengstens bestraft werden. Wohin sollen wir kommen, wenn sogar an Hochschulen, denen im Hinblick auf den politischen Kampf besondere Verantwortung auferlegt ist, der handgreifliche Terror an die Stelle des geistigen Kampfes tritt? Wenn schon nach den Erfahrungen der letzten Jahre leider wenig Aussicht besteht, den Kampf auf geistiger Ebene zu führen, so sollte wenigstens noch soviel akademische Disziplin bewahrt werden, um eine völlige Vernichtung eines Pfeilers unseres kulturellen und staatlichen Lebens zu verhindern.

Die Regierung und die katholischen Verbände.

Zeitungsverbote.

):(**Berlin**, 18. Februar.

Das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: Der Polizeipräsident hat von morgen ab die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Germania" für drei Nummern verboten. Auch die „Märkische Volkszeitung", ein Kopfblatt für die Provinz Brandenburg, ist für denselben Zeitraum verboten worden. Ferner wurden die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau und die „Thüringer Volkswacht" in Erfurt für dieselbe Zeit verboten.

Begründet wurde diese Maßnahme mit der Veröffentlichung des Aufrufes der katholischen Verbände, worin die Behörde eine Verächtlichmachung der Reichsregierung erblickte, Die „Deutsche Allg. Ztg." teilte mit, daß die gesamte Zentrumspresse verboten werden würde. Diese Nachricht fand schon ihre teilweise Bestätigung durch folgende Meldung der Telegraphen-Union aus Münster:

„Auf Grund des in der Zentrumspresse erschienenen, von einer ganzen Reihe von katholischen Verbänden unterzeichneten Aufrufs ist außer für die „Germania" auch für eine Anzahl Zentrumszeitungen in Westfalen und im Rheinland das Verbot ausgesprochen worden. Das Oberpräsidium Münster hat versucht, auf dem Verhandlungswege mit dem Ministerium des Innern in Berlin eine Rückgängigmachung des Verbots zu erreichen. Das ist jedoch nicht gelungen. Oberpräsident Gronowski hat in diesem Zusammenhang um seine Beurlaubung nachgesucht."

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat der „Kreiszeitung Heilsberg-Guttstadt" in Guttstadt (Zentrumsblatt) wegen des Artikels „Unsere Meinung" in Nummer 3 vom 8. Februar eine Verwarnung erteilt. Das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, „Der Arbeiter", ist auf Grund der Verordnung vom 4. Februar 1933 „zum Schutze des deutschen Volkes" verwarnt worden, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß bei künftigen weiteren Verfehlungen die schärferen Bestimmungen angewendet werden. Die Veranlassung zu der Verwarnung dürfte ebenfalls der Aufruf an die katholischen Arbeiter in der letzten Nummer gebildet haben.

*

Aufhebung der Verbote.

÷ **Berlin**, 19. Februar.

Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: „Am Sonntag vormittag fand eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler a. D. Dr. Marx (Vorsitzender der Katholischen Verbände Deutschlands), dem Mitgliede des Reichstages Dr. Vockel (Generalsekretär der Zentrumspartei) und dem Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, über den Aufruf der Katholischen Verbände und die damit zusammenhängenden Zeitungsverbote statt. In dieser Besprechung erklärten Dr. Marx und Dr. Vockel, daß sie glaubten, im Sinne der Katholischen Verbände, die den Aufruf unterzeichnet haben, zu handeln, wenn sie die Erklärung abgäben, daß

in dem Aufruf in keiner Weise eine Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung gemeint sei, sondern daß der Aufruf von der Sorge über die politische Entwicklung getragen war, wie sie nach Meinung der Katholischen Verbände die Zukunft nehmen könnte.

Auf Grund dieser Besprechung wurde davon abgesehen, zu einzelnen in dem Aufruf enthaltenen Sätzen, die eine andere Fassung hätten finden können, eine besondere Erklärung abzugeben. Daraufhin entschloß sich Reichsminister Göring, das bereits verhängte dreitägige Verbot der Zeitungen aufzuheben, da durch die obige Erklärung der Standpunkt der Regierung Genugtuung erfahren habe.

Der Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, nimmt zugleich Anlaß, die betroffenen Zeitungen zu warnen, Aufrufe, die beleidigende Erklärungen enthalten, einfach abzudrucken, da ein solches Verfahren für die betreffenden Zeitungen zum Nachteil gereichen muß. Reichsminister Göring hofft, daß für die Zukunft diese Verwarnung genügen wird, um nicht zu weiteren Verboten gezwungen zu werden."

Hierzu meldete der Amtliche Preußische Pressedienst weiter, das Verbot der Zeitungen, die den Aufruf der Katholischen Verbände Deutschlands wörtlich nachgedruckt hatten, war wie folgt begründet:

„Der Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern hat sich gezwungen gesehen,

sämtliche Zeitungen, die den Aufruf der Katholischen Verbände Deutschlands veröffentlicht haben, auf drei Tage zu verbieten.

Der Aufruf stellt einen unqualifizierten Angriff auf die Reichsregierung dar. Er ist von Verbänden unterzeichnet, die der Zentrumspartei aufs engste verbunden sind, oder einen Bestandteil von ihr bilden. Die Behauptung jedoch, daß durch diese Verbote ein Kampf gegen den katholischen deutschen Volksteil beginne, ist eine böswillige und unwahre Unterstellung. Keine Regierung, die sich nicht selbst aufgeben will, kann sich eine derartige Herabsetzung bieten lassen. Da jedoch die betroffenen Zeitungen in ihrer eigenen Politik sich Herabsetzungen von der Art des Aufrufes enthalten haben, hat der Kommissar des Reiches für das Ministerium des Innern das Verbot auf nur drei Tage beschränkt."

Im Gegensatz zu dieser Begründung wurde der von den meistens geistlichen Vorsitzenden der einzelnen Verbände verfaßte Aufruf vom katholischen Volksteil als eine ernste Mahnung zur Besonnenheit aufgefaßt und empfunden.

*

Ein Irrtum Hitlers.

):(**Köln**, 19. Februar.

In der Kölner Messehalle sprach gestern abend Hitler. Er sagte u. a.: „Im November 1918 haben die jetzt überwundenen Parteien nicht ein bereits verelendetes Volk übernommen, sondern ein Reich, das in seiner Kraft und seiner Stärke viereinhalb Jahre lang einer Welt standhalten konnte. Trotzdem haben die bisher herrschenden Parteien dieses Reich und dieses Volk in einen Zustand des furchtbarsten Elendes gebracht." Dazu haben wir das Nötige noch in unserer letzten Nummer gesagt. Der Winter 1932/33 war z. B. trotz aller Not infolge der Arbeitslosigkeit doch noch kein Steckrübenwinter. Und was die Kraft und die Stärke des Reiches von 1918 betrifft, so kann man an den Brief des damaligen Kronprinzen an den Bayernkönig vom 20. September 1918 erinnern, in dem es heißt: „Es ist unbedingt notwendig, sofort und zu jedem Preis Frieden zu schließen, denn wir sind so gut wie wehrlos." In dem Bericht des Wolff'schen Telegraphen-Büros heißt es weiter: „Der Reichskanzler verlas hierauf aus dem bekannten letzten Aufruf der Zentrumsverbände die einzelnen Sätze, um dann unter dem Beifall der Versammlung darauf zu antworten." Der Herr Reichskanzler irrt sich. Das, was er verlesen und besprochen hat, war kein „Aufruf der Zentrumsverbände", sondern ein Aufruf der katholischen Verbände Deutschlands.

*

Ein Recht der „Motive und Zwecke".

Berlin, 18. Februar.

Im Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung ist ein vom 10. Februar datierter Erlaß des kommissarischen Leiters des Ministeriums des Innern (des Reichsministers Goering) über die Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 veröffentlicht worden. In diesem Erlaß heißt es u. a.:

„Die Reichsregierung hat den Herrn Reichspräsidenten um den Erlaß dieser scharfen Handhabe bitten müssen, um die von ihr in Angriff genommene Arbeit des Wiederaufbaus gegen Störungen durch staatsfeindliche Kräfte zu schützen. Dieser Aufgabe und Bedeutung der Verordnung haben die zu ihrer Durchführung berufenen Behörden und Beamten sich stets voll bewußt zu sein. Bei der Anwendung der Vorschriften sind daher Motive und Zwecke von Verstößen weitgehend zu berücksichtigen. Die Verordnung ist nicht dazu geschaffen, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehenden Volkskreise in ihrer willkommenen und notwendigen Mitarbeit an der Förderung der hohen Ziele der Reichsregierung zu behindern."

Sollte diese Verordnung besagen wollen, daß dem, der hinter der Regierung steht, Dinge erlaubt sein sollen, die den Gegnern der Regierung verboten sind, dann läge darin die Verkündung der These: „Mensch ist nicht gleich Mensch". Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wäre damit unvereinbar.

Brüning im Wahlkampf.

„Wir kämpfen für das Vaterland und das christlich-politische Ideal."

((**Würzburg**, 19. Februar.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning hielt am Samstag abend in Würzburg seine erste Wahlrede. Er legte die Stellung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zur jetzigen Reichsregierung dar. Die Versammlung in der Frankenhalle war derart überfüllt, daß in der Stadthalle noch eine Parallelversammlung stattfinden mußte.

Einleitend wies Dr. Brüning auf die besondere Bedeutung hin, daß er die erste Rede gerade hier an der Mainlinie oder besser gesagt, an der Mainbrücke halte. Die heutige Zeit habe erwiesen, daß das Zentrum auf Gedeih und Verderb mit der Bayerischen Volkspartei zum Kampf für Recht und Freiheit und Verfassung verbunden sei. Zentrum und Bayerische Volkspartei würden in Zukunft die lebendige Mainlinie in Deutschland sein. Der Parlamentarismus sei, das leugne er nicht, reformbedürftig gewesen. Als er (Brüning) Reichskanzler geworden sei, habe er den Einfluß des Parlamentarismus stark zurückgedrängt. Auch habe er den Kommunismus bekämpft.

Während seiner Zeit habe aber der Kommunismus an Anhängern ständig verloren, während das heute nicht der Fall sei.

Man schimpfe heute sehr über die Verfassung. Keine Verfassung der Welt sei aber so elastisch wie gerade die Weimarer Verfassung. Man müsse aber Besonnenheit genug besitzen, mit dieser Verfassung richtig umzugehen. Seit seiner Regierungszeit sei ein Experiment nach dem anderen gemacht worden. Der Rundfunk und die Pressefreiheit stünden heute nur noch denen zur Verfügung, die nicht wagten, der Regierung entgegenzutreten. Diese Art des Regierens sei natürlich einfacher. Das Zentrum habe der Regierung einige einfache Fragen vorgelegt. Eine Antwort sei jedoch auf keine der Fragen erfolgt.

Zu dem Vierjahresplan der Regierung könne man noch keine Stellung nehmen, da er noch nicht bekannt sei. Man habe aber Grund zu der Annahme, daß der Vierjahresplan den Zweck habe, die heutige Regierung vier Jahre an der Macht zu halten.

Nur der setze sich durch und nur der rette das Vaterland, der nicht die Kritik scheue, sondern ein sachliches Ziel planvoll vor Augen habe und nur diesen einen Weg für das deutsche Vaterland gehe.

Man dürfe nicht von einem Trümmerhaufen sprechen, wenn Deutschland nach zwei Jahren seiner (Brünings) Politik wieder in die Reihe der Weltmächte eingetreten sei.

Dr. Brüning schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei sich nicht würden unterdrücken lassen. Sie hätten wohl Sorge um das Vaterland aber keine Angst vor der Gewalt. „Wir kämpfen für das Vaterland und das christlich-politische Ideal."

*

In Biberach.

CNB **Biberach**, 19. Februar.

In einer Zentrumswahlversammlung sprach heute mittag hier Reichskanzler a. D. Dr. Brüning. An der Versammlung nahmen auch zwei ehemalige österreichische Minister, Bundeskanzler a. D. Dr. Enders und Finanzminister a. D. Mittelsberger, teil.

Dr. Brüning erklärte zu den Notverordnungen der Reichsregierung, die durch die Verordnungen gewährten Erleichterungen der früheren Notverordnungen begrüße er. Es sei auch die Absicht des Zentrums gewesen, Milderungen eintreten zu lassen. Einer Kritik unterzog der Redner die Verordnungen über Zollerhöhungen für Vieh und Fleisch. Diese hätten keinen Zweck, wenn Vieh und Fleisch nicht eingeführt werde. Auch die für die Getreidestützung ausgegebenen Gelder wären zu Beginn der Ernte nützlicher verwendet gewesen als heute. Der Redner bezweifelte im übrigen, daß die Regierung auf die Dauer die Getreidepreise würde halten können. Die Preise richteten sich immer nach der Kaufkraft des Volkes, und diese sei gesunken, wie sich aus dem verminderten Fleischkonsum pro Kopf ergebe. Da die Reichsregierung nicht genötigt gewesen sei, Steuererhöhungen vorzunehmen, so sei auch erwiesen, daß sie kein Trümmerfeld übernommen habe. Das Zentrum sei immer bereit gewesen, in die Bresche zu springen, wenn es gerufen wurde. Es habe dies getan, ohne zu fragen: „Wer ist schuld an dem oder dem," sondern es habe es getan wie alte Soldaten, schweigend, ohne ein Wort zu verlieren. Die Zentrumspartei gehe daher mit derselben Entschlossenheit wie früher in den Wahlkampf.

*

In Ravensburg.

× **Ravensburg**, 19. Febr.

Im Anschluß an die Biberacher Kundgebung sprach Reichskanzler a. D. Dr. Brüning in einer großen Versammlung, die in einem Zelt stattfand, vor Wählern aus dem württembergischen Oberland. Dr. Brüning beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Politik der letzten Jahre. Wir haben, so erklärte er, die letzten Wahlkämpfe, die alle überflüssig waren, immer nur unter der Parole geführt, stabile Verhältnisse in Deutschland zu schaffen, die nach der Lösung der Reparationsfrage die erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg sind. Man hätte bei dem Kabinettswechsel im letzten Sommer unter allen Umständen die Nationalsozialisten in die Regierung sofort hineinnehmen müssen. Das

Zentrum war im vergangenen Sommer wie im Herbst bereit, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden. Aber es wollte den Nationalsozialisten die preußische Polizei nicht ausliefern. Die Politik in Deutschland, so erklärte der Redner, ist zu einem Karusselfahren geworden. Man kann keine Wirtschaftspolitik machen, wenn alle drei Monate neue Kabinette kommen, die schon im Voraus mit der Auflösungsordre herumfuchteln. Dr. Brüning trat für die Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung ein. Mit der Verfassung als Notwerk sei es seiner Zeit gelungen, die Revolution in Deutschland niederzuschlagen. Ein Verbot des Kommunismus sei abzulehnen; es würde nur einen Bürgerkrieg heraufbeschwören.

Die neue sozialpolitische Notverordnung.

Beseitigung von Härten.

+ **Berlin,** 18. Februar.

Die Notverordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist heute mittag vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Der Inhalt der neuen Notverordnung ist folgender:

Durch die von dem Herrn Reichspräsidenten am 18. Februar 1933 vollzogene Verordnung wird die Anrechnung von Versorgungsgebührnissen der Kriegsbeschädigten auf die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung dahin wesentlich gemildert, daß vom 1. April 1933 ab der ruhende Teil dieser Renten weder zwei Drittel noch den Betrag von 50 RM. übersteigen darf. Es verbleibt dem Berechtigten somit neben seinen Versorgungsgebührnissen mindestens ein Drittel seiner Bezüge aus der Sozialversicherung, während diese Bezüge bisher unter Umständen in vollem Umfange wegfielen. Eine entsprechende Regelung gilt übrigens für pensionierte Beamte, die neben ihrer Pension Bezüge aus der Sozialversicherung erhalten.

Das Reichsversorgungsgesetz wurde dahin geändert, daß Kinderzulagen und Waisenrenten vom 1. April 1933 ab bis zur Vollendung des 16. (bisher 15.) Lebensjahres zu zahlen sind. Bei Berufsausbildung können die Bezüge wie bisher bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden.

Ferner werden auf dem Gebiete der Reichsversorgung im Verwaltungswege folgende Erleichterungen angeordnet:

Die Hauptversorgungsämter werden ermächtigt, zur Erhaltung der von Zwangsversteigerung bedrohten Eigenheime der Kriegsbeschädigten, die eine Kapitalabfindung erhalten haben, im Unterstützungswege Beihilfen zur Tragung der mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten zu gewähren. Außerdem werden zur Unterstützung gewisser weiterer Gruppen von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz versorgten Witwen, die nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, erhalten künftig in größerem Umfange als bisher Zusatzrenten. Endlich sind auch die Bestimmungen über Zuschüsse für ehemalige Offiziere und ihre Hinterbliebenen gemildert worden.

Die gesamten Maßnahmen erfordern einen Mehraufwand von etwa 30 Millionen Reichsmark jährlich. Soweit der Mehraufwand bei den Trägern der Invalidenversicherung entsteht, wird er vom Reiche erstattet.

*

Keine Entscheidung über Aufhebung der Krankenscheingebühr.

△ **Berlin,** 18. Februar.

Es ist die Rede davon gewesen, daß das Reichskabinett in seiner Sitzung am Donnerstag sich gegen die Aufhebung der Krankenscheingebühr ausgesprochen habe. Insbesondere habe Reichskanzler Hitler die Aufhebung der Krankenscheingebühr abgelehnt und dadurch den dahingehenden nationalsozialistischen Antrag zu Fall gebracht. Von zuständiger Stelle wird dazu berichtigend mitgeteilt, das Reichskabinett habe die Aufhebung der Krankenscheingebühr nicht abgelehnt und der Reichskanzler habe sich für die Aufhebung ausgesprochen. Im übrigen sei über die Aufhebung der Krankenscheingebühr noch keine Entscheidung gefallen.

*

Zollschutz der Landwirtschaft.

× **Berlin,** 18. Februar.

In der heutigen Ausgabe des Reichsanzeigers wird eine auf Vorschlag eds Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg vom Reichskabinett beschlossene Verordnung über Zollmaßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischerei veröffentlicht. Sie enthält insbesondere Maßnahmen für den Acker- und Gartenbau, für die Vieh- und Milchwirtschaft, für die Fischerei und für die Bienenzucht. Im einzelnen ist folgendes besonders hervorzuheben:

Die neuen Zollsätze betragen für Buchweizen 10 Mark, Speiseerbsen 30, Futterbohnen und Lupinen 10, Raygras- und Timotheesaat 36, andere Grassaaten 50, Grünfutter, Heu und Stroh 3 Mark je Doppelzentner. Ferner sind die Zölle für Rotkohl, Wirsingkohl und Weißkohl auf 8 Mark und für Salat auf 20 Mark je Doppelzentner erhöht worden, wobei allerdings für die letztern die noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen das Wirksamwerden des Zollsatzes für bestimmte Jahreszeiten noch nicht ermöglichen.

Auf dem Gebiet der Vieh- und Milchwirtschaft sind zunächst in Ergänzung der Verordnung vom 8. Februar 1933, durch die Vieh-, Fleisch- und Schmalzzölle erhöht worden sind, die Zölle für rohes Schweine- und Gänsefett, für Flomen und Premierjus sowie für Rindertalg entsprechend geregelt worden. Ferner ist für Tafelkäse eine Erhöhung des Zollsatzes von 40 auf 90 Mark und für eingedickte Milch von 60 auf 90 Mark je Doppelzentner vorgenommen worden.

Weiter werden in der Verordnung die Zölle für die Erzeugnisse der See- und Binnenfischerei neu geregelt. Der Zollsatz für frische Seefische beträgt in Zukunft 10 Mark, für gefrorene 15 je Doppelzentner; für Sprotten ist ein besonderer Zollsatz von 5 Mark je Doppelzentner festgesetz, während frische Heringe wie bisher zollfrei bleiben. Die Zollsätze für Karpfen, Schleien, Forellen, Lachse und Hechte betragen in Zukunft 80, für nicht lebende Fische dieser Arten 60 Mark je Doppelzentner. Für Aale in der Zeit vom 1. Juni bis 30. November 60, in der sonstigen Jahreszeit 10 Mark je Doppelzentner; der Zusatz von 10 Mark gilt auch für alle übrigen Süßwasserfische.

Eine entsprechende Regelung ist auch für die Zölle für zubereitete Fische erfolgt.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird im Einvernehmen mit den beteiligten Produktionszweigen dafür Sorge tragen, daß die Gebiete, die sich bisher zu einem erheblichen Teil mit ausländischen Fischen versorgten, in Zukunft in ausreichendem Maß mit deutschen Fischen beliefert werden.

Zur Förderng des Absatzes deutschen Bienenhonigs wird der Zoll für Honig auf 80 Mark je Doppelzentner erhöht.

*

Neuregelung der Holzzölle.

× **Berlin,** 18. Februar.

In der heutigen Ausgabe des „Deutschen Reichsanzeigers" wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Zölle für Holz neu geregelt werden. Die neuen Zölle treten am 1. März d. J. in Kraft.

Hervorzuheben ist insbesondere ide Erhöhung des Zolles für hartes Rundholz auf 36 Pfg. und für stärkeres Nadelrundholz auf 40 Pfg. je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf drei Reichsmark und für solches aus Nadelholz auf 2,50 Reichsmark je Doppelzentner festgesetzt. Die Zölle für Holzwaren sind entsprechend gestaltet worden.

*

Zusatz zum deutsch-spanischen Abkommen.

△ **Berlin,** 18. Februar.

Im Auswärtigen Amt wurde heute eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 7. Mai 1926 unterzeichnet. Darin erhält Deutschland bei der Einfuhr gewisser Waren nach Spanien (Filme, Fahrräder, Krafträder, Kunstseide, Schaumwein) die zolltarifliche Gleichbehandlung mit dritten Ländern. Der deutsche Tomatenzoll wird für die Zeit vom 1. Dezember bis 30. April auf 6 Reichsmark festgesetzt. Außerdem sind Vereinbarungen über Feigensafteinfuhr zum Laugen von Tabak und über die Untersuchung von Wein getroffen worden. Der Wortlaut der Zusatzvereinbarung wird am 20. Februar im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Sie soll spätestens mit Wirkung vom 1. März 1933 an vorläufig angewandt werden. Gleichzeitig ist ein Abkommen zur Regelung der Zahlungen für den Warenverkehr unterzeichnet worden, das auf den gleichen Grundsätzen beruht wie die Vereinbarungen, die bereits früher mit einer Anzahl andrer europäischer Länder getroffen worden sind.

Gemeindewahlen in Dudweiler.

:: **Dudweiler** (Saar), 19. Febr.

Am Sonntag fanden in Dudweiler die Gemeindewahlen statt. Von 16 023 Wahlberechtigten wurden 12 504 gültige und 141 ungültige Stimmen abgegeben. Es erhielten (in Klammern die Zahlen der vorigen Wahl): KPD 5621 (5861) = 17 (19) Sitze, SPD 838 (871) = 2 (2), Zentrum 3316 (2944) = 10 (9), NSDAP 1657 (708) = 4 (2), Bürgerl. Vereinig. 113 (1275) = 3 (4) Sitze. — Die Wahlbeteiligung betrug 79,1. Die bisherige absolute Mehrheit der Kommunisten ist damit gebrochen. Dudweiler ist eine Industrie- und Bergarbeiterstadt in der Nähe von Saarbrücken, eine kommunistische Hochburg.

General a. D. Hans v. Hammerstein Gesmold †.

:: **Stettin,** 19. Februar.

General der Infanterie a. D. Hans Freiherr von Hammerstein-Gesmold ist am Samstag abend in Stettin im Alter von 56 Jahren plötzlich gestorben.

v. Hammerstein-Gesmold wurde 1897 von dem jetzigen Reichspräsidenten in den Generalstab des VIII. Armeekorps (von Linsingen) in Stettin zog er in den Weltkrieg. Später war er Oberquartiermeister der Armee von Bülow und dann Chef des Generalstabes des Marinekorps in Flandern. Bei Beendigung des Krieges ging von Hammerstein als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission nach Spa und war dann Grenzkommissar für Schleswig und schließlich Befehlshaber im Bereiche des Wehrkreiskommandos II. in Stettin. 1924 nahm v. Hammerstein seinen Abschied aus der Reichswehr.

Französische Studenten als Ruhestörer.

× **Paris,** 18. Februar.

Von Studenten, die einer auf der äußersten Rechten stehenden Organisation angehören, wurde vorgestern ein studentischer Vortrag im Studentenheim in Paris verhindert. Der Vorsitzende der Studenten der Rechtswissenschaft sollte im Studentenheim einen Vortrag halten und wollte gerade beginnen, als die jungen Leute in den Saal drangen, Lärm schlugen und den Vortrag unmöglich machten. Die Aktion sollte einen Protest gegen den Sekretär der rechtswissenschaftlichen Fakultät darstellen, der die Ruhestörer bei einer früheren Kundgebung aus der Universität hatte verweisen lassen Bei der vorgestrigen Demonstration wurde ein Professor mit einem Stuhl geschlagen und am Bein verletzt. Der Doyen der juristischen Fakultät und einige Professoren mußten in das erste Stockwerk des Studentenheims flüchten. Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Der japanische Angriff auf Jehol.

!! **Schanghai,** 19. Februar.

Nach einer Meldung aus Tschende, der Hauptstadt der Provinz Jehol, hat der japanische Angriff auf die Provinz in der Nacht zum Sonntag in Richtung Tunljau-Kailu und Tunljau-Tanschan begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen. Die Kämpfe sind im Gange. Die Regierung der Provinz Jehol hatte vorher das japanische Ultimatum, die Stadt Kailu freiwillig zu räumen, abgelehnt.

Die mandschurische Regierung hat schon jetzt den stellvertretenden Kriegsminister, General Tschinschungi, zum Generalgouverneur der Provinz Jehol ernannt.

Totschlagsanklage gegen Bankier Hintze.

•:• **Berlin,** 16. Febr. Die Staatsanwaltschaft III hat jetzt nach Abschluß der Voruntersuchung gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Bankier Wilhelm Hintze Anklage wegen Totschlages erhoben. Dem Angeschuldigten wird zur Last gelegt, am 23. Oktober 1932 seine Ehefrau, die Kammersängerin Gertrud Bindernagel, in den Räumen der Städtischen Oper in Charlottenburg vorsätzlich, jedoch nicht mit Ueberlegung getötet zu haben. Die Voruntersuchung gegen Hintze war wegen Mordes geführt worden. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung war diese Annahme aber nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Räumung des Karl Liebknecht-Hauses.

× **Berlin,** 19. Febr. In der vergangenen Nacht und heute vormittag kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ansammlungen und kleineren Rempeleien. Aus Anlaß eines Platzkonzertes der SA auf dem Bülowplatz wurde das Karl-Liebknecht-Haus einer Durchsuchung unterzogen. Acht Angehörige der dort befindlichen Schutzwache wurden entfernt, ohne daß es hierbei zu Zwischenfällen kam.

Oesterreichs Befremden über die Veröffentlichung der französischen Note.

Voraussichtiche Zurücksendung der Waffen.

)(**Wien,** 18. Februar.

In unterrichteten Kreisen herrscht lebhaftes Bedauern über die Veröffentlichung des Wortlauts der von dem französischen Gesandten am letzten Sonnabend in Wien überreichten Note in der Hirtenberger Angelegenheit. Wie der „Neuen Freien Presse" versichert wird, wurde zwischen dem französischen und englischen Gesandten einerseits und der österreichischen Regierung andererseits die strenge Geheimhaltung des überreichten schriftlichen Verlangens um ergänzende Aufklärungen beschlossen. Aus diesem Grunde war, wie erklärt wird, die österreichische Regierung nicht in der Lage, den Wortlaut der Note zu veröffentlichen. Sie war daher sehr überrascht, als der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Dr. Krofta am vergangenen Mittwoch im Außenausschuß des tschechischen Abgeordnetenhauses die Fragen und Antworten der ersten Vorstellungen des französischen und des englischen Gesandten in Wien im Wortlaut bekanntgegeben hat. Die österreichische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, den sie bereits in der ersten Note festgelegt hat, daß es sich in der Hirtenberger Sache um eine rein kommerzielle Angelenheit handele, daß die Waffen von privater Seite nach Hirtenberg zur Reparatur geschickt und bei den Zollbehörden als solche deklariert worden seien und daß der Friedensvertrag in keiner Weise verletzt wurde. Sie beruft sich insbesondere auf § 134 des Friedensvertrages von St. Germain, der ausdrücklich besagt, daß die Einfuhr und Erzeugung von Waffen und Kriegsmaterial verboten sei, jedoch von einem Verbot der Durchfuhr und Reparatur von Waffen nichts enthält. Die österreichische Regierung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach, um die Hirtenberger Affäre aus der Welt zu schaffen, unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes die Waffen in den nächsten Tagen an den Absender zurückschicken und nach vollzogener Tatsache dem französischen und dem englischen Gesandten eine diesbezügliche schriftliche Antwort erteilen, die auch an die beiden Regierungen und nach Genf weitergeleitet werden wird. Damit hofft man, die Sache zum Abschluß gebracht zu haben.

*

Italien gegen Frankreich und die Kleine Entente.

!! **Rom,** 18. Februar.

In Erwiderung auf den „Matin", der auf Grund von Informationen vom Quai d'Orsay die Behauptung aufstellt, daß die in der vergangenen Woche an Oesterreich in der Hirtenberger Waffenaffäre gesandte Note keinen ultimativen Charakter hätte, bemerkt „Giornale d'Italia", daß, abgesehen von dem schroffen Ton der Note die Festlegung eines bestimmten Termins für die Durchführung der französischen Forderungen seitens Oesterreich dieser die Form eines ultimativen Charakters verleihe. Verschärfend sei der noch nie dargewesene Umstand, daß man von der österreichischen Regierung eine Art eidesstattlicher Versicherung gefordert habe. „Tribuna" schreibt, England habe unrecht daran getan, seine Unterschrift unter das Dokument zu setzen, das nur deshalb als beunruhigend betrachtet werden könne, weil es aus einer diplomatischen Mentalität entsprungen sei, der jedes Verantwortungsgefühl abhanden gekommen sein müsse. Die Note, so fährt die „Tribuna" fort, die einen ultimativen Charakter habe und die ein noch nie dagewesenes Verfahren einschlage, sei nicht für Oesterreich, den kleinen Staat, der sie erhalten habe, erniedrigend, sondern für den großen Staat, der sie unterfertigt habe.

Das Blatt vergleicht dann die gegenwärtige Note mit dem Ultimatum des Jahres 1914 und schreibt, damals habe die Ermordung des Thronfolgers vorgelegen, während es sich dieses Mal um eine Anzeige der österreichischen Sozialisten handele, die oft im Dienste des Auslandes stünden. Die Note stehe in keinem Verhältnis zu der Hirtenberger Angelegenheit.

Wohl aber stehe sie mit allen antiitalienischen Manövern und mit der französischen Unterstützung der neuen Einheitsfront der Kleinen Entente in Verbindung. Die sogenannte Hirtenberger Affäre sei gerade von Sozialisten angezeigt worden, deren Beziehungen zur Kleinen Entente und zum französischen Freimaurertum aufgedeckt worden seien. Der ungehörige Charakter der Note werde erst dann klar erkannt, wenn man in Betracht ziehe, daß noch nie so große Waffengeschäfte zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien abgeschlossen worden seien, wie gerade jetzt.

Mit der Umbildung der Kleinen Entente, die die italienische Presse weiterhin sehr beschäftigt, wird dem Völkerbund — so schreibt heute „Populo d'Italia" in seiner außenpolitischen Betrachtung — das Daseinsrecht genommen.

Wenn einige Staaten sich zusammenschließen, um in den außenpolitischen Beziehungen gemeinsam vorzugehen, so ist die Existenz einer höheren Organisation schlechtweg überflüssig, da zum Ausgleich des Einflusses und der Aktion dieser ersten Staatengruppen von selbst antagonistische Blockbildungen zur Verteidigung bedrohter gemeinsamer Interessen entstehen werden.

Nach „Corriere della Sera" wird die Stärke der Kleinen Entente durch ihre neue Organisationsform weder nach auen, noch nach innen erhöht. Man wisse, was für ernste konstitutionelle, wirtschaftliche, religiöse und andere Probleme den Staaten der Kleinen Entente zu schaffen machten. Trotzdem aber müsse der aggressive Charakter der neuen Organisationsform der Kleinen Entente vor der Welt klargestellt werden.

Es müsse auf den Widerspruch zwischen den Zielen des Völkerbundes und denen solcher Blockbildungen vor der Weltöffentlichkeit hingewiesen werden, wie auch auf die grausame Ironie, daß diese neue diplomatische Front mit stark militärischem Hintergrund gerade am Sitz des Genfer Friedensgedankens entstanden sei.

Frankreich habe jetzt seine Maske abgenommen, die bisher wenigstens dem Anschein nach vorhandene Homogenität der europäischen Politik zerschlagen und der geängstigten Welt seine Söldnertruppen in bester Aufmarschlinie präsentiert. Aus der Fülle der in letzter Zeit gegen Italien ausgestreuten Lügen ergebe sich nur eine Sache ganz klar, nämlich die, daß man in Frankreich auf jeden Fall Italien als einen unverbesserlichen aggressiven und bedrohlichen Feind darstellen wolle, um ein moralisches Alibi für eine antiitalienische Politik zu haben, die wahrhaftig für das Gewissen jedes guten Franzosen, der an die alten geistigen Beziehungen an die gemeinsame Kultur und an das während des großen Krieges gemeinsam vergossene Blut zurückdenkt, unfaßbar erscheinen würde.

*

Ungarische Kritik.

):(**Budapest,** 19. Februar.

Die französische Note an Oesterreich in der Hirtenberger Affäre findet in der ungarischen Presse lebhaftestes Interesse. „Pester Lloyd" konstatiert, daß die Note in auffallend heftigem Tone gehalten ist. Es klinge schon als Forderung schroff genug, daß die österreichischen Behörden ihre Erklärungen unter Eid abzugeben haben, und sei umsomehr in einem Maße erniedrigend, wie dies im normalen diplomatischen Verkehr als ungewöhnlich bezeichnet werden müsse. So werde die Schärfe dieses Schrittes noch dadurch gesteigert, daß die Note befristet sei, indem sie für vollständige Durchführung aller Maßnahmen eine Frist von zwei Wochen vorschreibe, eine Vorgangsweise, die sonst nur im Falle eines Ultimatums üblich sei. Auch „Magyarorszag" nennt die Note ein Ultimatum. Alle Blätter erblicken in der Note die Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität der österreichischen Republik.

Dr. Heim und die Bayrische Volkspartei.

Eine Erklärung der BVP.-Korrespondenz.

+ **München,** 18. Februar.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" nimmt heute in einer Erklärung zu Pressemeldungen Stellung, wonach es zwischen Dr. Heim und offiziellen Parteistellen zu schweren Auseinandersetzungen gekommen sein soll bezw. daß Dr. Heim aus persönlicher und politischer Verärgerung aus der Bayerischen Volkspartei ausgetreten sei. Alle derartigen Nachrichten, so schreibt die „BVP.-Korrespondenz", gehörten in das Reich der Fabel. Spannungen, die zwischen Dr. Heim und einzelnen Organen der Partei bestanden hätten, seien längst erledigt und einer Atmosphäre völligen Vertrauens gewichen. Die Partei habe Dr. Heim für die bevorstehende Reichstagswahl die Spitzenkandidatur für den Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz angeboten. Dieses Angebot habe Dr. Heim aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. In einem Schreiben an den Vorsitzenden Schäffer habe Dr. Heim erklärt, daß er das Angebot annehmen würde, wenn er wüßte, daß er dadurch der Partei dienen würde.

Schwere politische Zusammenstöße.

((**Rostock,** 19. Februar.

Heute abend kam es in Bad Doberan auf dem Schützenplatz anläßlich eines Reichsbannertreffens zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die von einem SA-Aufmarsch in Rostock zurückkehrten. Als die beiden Züge aufeinanderstießen, wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Soweit bisher festgestellt werden konnte, mußten zwei Nationalsozialisten und neun Reichsbannerleute schwerverletzt nach Rostock in die Klinik überführt werden. Zwei Reichsbannerleute sind inzwischen verstorben. Ein Kommando Rostocker Schutzpolizei wurde nach Doberan entsandt.

* * *

÷ **Wuppertal,** 19. Febr. In der Nähe des Rathausvorplatzes kam es vormittags zwischen Angehörigen der Eisernen Front und Nationalsozialisten zu einer Schießerei und Schlägerei. Soweit festgestellt werden konnte, sind elf Personen durch Schüsse bzw. Schläge verletzt worden. Neun Personen wurden dem Krankenhaus zugeführt. Einige schweben in Lebensgefahr.

Nächtliche Schießerei in Berlin.

((**Berlin,** 18. Februar.

In Charlottenburg wurden zwei Nationalsozialisten von etwa 40 Kommunisten durch mehrere Straßen verfolgt und plötzlich beschossen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Halssteckschuß schwer verletzt. Aus einem SA-Lokal zu Hilfe eilende SA-Leute wurden von den Kommunisten ebenfalls beschossen. Beim Erscheinen eines Ueberfallkommandos ergriffen die Kommunisten die Flucht und entkamen unter Mitnahme eines Verletzten.

Französisch-italienischer Zwischenfall bei Korsika.

:: **Paris,** 18. Februar.

Das „Journal" veröffentlicht eine Meldung aus Bastia auf Korsika, in der behauptet wird, zwei französische mit je sechs Mann besetzte Motorfischerboote seien in der vergangenen Nacht, eine Meile von der Küste entfernt, von einem größeren italienischen Schiff belästigt worden. Das italienische Schiff soll angeblich mehrmals versucht haben, die beiden französischen Boote zu rammen. Die Besatzung eines der französischen Boote habe mit einem an Bord befindlichen Gewehr einige Schüsse gegen das italienische Schiff abgegeben.

Landesh
Der Lande
Horion, ist he
hospital an den
von 57 Jahren g
Landeshauptma
1876 in Marienfor
Gutsbesitzers gebo
Assessor bei der R
man bald seine her
keiten erkannt hatt
jungen Jahren vom
rat vom 1. April
ein Dezernat in de
des Irrenwesens,
wesens, der erweite
1907 die umfangrei
mühlichem Eifer,
großer Umsicht. Al
kens steht die größt
Bedburg-Hau
und heute mit 2600
Neben seinen un
tätigte sich Dr. Hor
biet, insbesondere h
vereins Notburgaha
Erziehungsanstalt fü
sehr große Verdienst
Der Krieg bracht
vinzialverwaltung, u
nunmehr Verstorben
Leben gerufen wurd
Besserung der Erwe
zum Ziele hatte. Hi
sator und als Mann
scharfem Verstande.
Einrichtung ist von z
angenommen worde
Horion mit der Bear
tragt, die sich aus de
und des Kreises E
Provinzialverwaltung
der Rhein. Provinzia
der belgischen Regier
des Saargebietes zu
seiner großen Geschick
Zufriedenheit der Ver
Als infolge Anwac
verwaltung eine Ent
forderlich wurde, üb
Stelle des ständigen
dem Landesrat Dr. H
als im August 1921
aus seinem Amte sch
vinzialausschuß als St
bis zur Aufnahme der
hauptmann bestellt.
landtages von der Ti
rion überzeugt waren
der 62. Rhein. Provi
vom 14. März 1922 ihn
provinz auf die Dauer
Landeshauptmann D
u. hat sich nie gescheut,
auch aus seiner Zuge
er nie ein Hehl gemach
rheinischen und die deu
im Verband der V
bildeten Kathol
Jahren erster Vorsitze
katholischer Akademik
folger des Sanitätsrat
des großen Verbandes
er von der Gründung
hörte, berufen. Seiner
Verband seinen großen
Seine gesamte Täti
echten Katholiken selb
in den Dienst der ihn
Interessen gestellt, sonde
Gesamtwohles im Auge
an ihm seine vorbildli
Seine gab.
Mit seinen vorzügli
und Führer des öffen
hauptmann Dr. Horion
nische Art, gepaart mit
die ihn auch in diesen
rechten Mannesgestalten
Zeit zu arm ist, als da
gehen dürfte. R. I. P.
Nationalsozial
in
Gegen
Die neue nationalistis
zweimal in der M
neun Stimmen wurde de
keit auffordert, sich am
des Reichskanzlers vor B
gehoben. Bemerkensw
der deutschnational
gierung. Der Abgeordn
brachte zum Ausdruck, da
jedermann könne Beleid
des Reichskanzlers auf d
fährlich sei. Wie er
diese sich jemand, der sie
ansehen und prüfen, w
sein werde.
Außerdem wurde ein
Landesregierung um Er
heit ersucht und eine
lippische Zeitung ausgesp
billigt, mit ebenfalls
men. Auch hier stimmte
die Nationalsozialisten.

Landeshauptmann Dr. Horion †.

!! Düsseldorf, 19. Februar.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, ist heute um 19 Uhr im Düsseldorfer Marienhospital an den Folgen einer toxischen Grippe im Alter von 57 Jahren gestorben.

Landeshauptmann Dr. Horion wurde am 27. März 1876 in Marienforst im Landkreis Bonn als Sohn eines Gutsbesitzers geboren. Im Februar 1902 trat er als Assessor bei der Rhein. Provinzialverwaltung ein. Da man bald seine hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten erkannt hatte, wurde er schon in verhältnismäßig jungen Jahren vom 44. Provinziallandtage zum Landesrat vom 1. April 1904 ab gewählt. Er führte zunächst ein Dezernat in der Abteilung für die Angelegenheiten des Irrenwesens, des Landarmen- und Korrigendenwesens, der erweiterten Armenpflege usw., leitete seit 1907 die umfangreiche und wichtige Abteilung in unermüdlichem Eifer, mit schätzenswerter Sachkenntnis und großer Umsicht. Als sichtbares Merkzeichen seines Wirkens steht die größte Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau bei Cleve da, die 1912 eröffnet wurde und heute mit 2600 Kranken belegt ist.

Neben seinen umfangreichen Dienstobliegenheiten betätigte sich Dr. Horion vielfach auf karitativem Gebiet, insbesondere hat er sich als Leiter des Fürsorgevereins Notburgahaus durch die Errichtung der Fürsorge-Erziehungsanstalt für kath. weibliche Zöglinge, in Neuß, sehr große Verdienste erworben.

Der Krieg brachte nun große Aufgaben für die Provinzialverwaltung, und es ist ein besonderes Verdienst des nunmehr Verstorbenen, daß eine neue Organisation ins Leben gerufen wurde, die die Wiederherstellung und Besserung der Erwerbsfähigkeit der Kriegsbeschädigten zum Ziele hatte. Hier zeigte er sich als tüchtiger Organisator und als Mann von großer Verwaltungspraxis und scharfem Verstande. Die von ihm geschaffene vorzügliche Einrichtung ist von zahlreichen Bundesstaaten als Muster angenommen worden. Im Januar 1920 wurde Dr. Horion mit der Bearbeitung der Angelegenheiten beauftragt, die sich aus der Abtretung des Saargebietes und des Kreises Eupen und Malmedy für die Provinzialverwaltung ergaben. Er hatte als Vertreter der Rhein. Provinzialverwaltung, mit den Vertretern der belgischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes zu führen. Diese Aufgabe hat er dank seiner großen Geschicklichkeit im Verhandeln zur vollsten Zufriedenheit der Verwaltung gelöst.

Als infolge Anwachsens der Geschäfte der Provinzialverwaltung eine Entlastung des Landeshauptmanns erforderlich wurde, übertrug der Provinzialausschuß die Stelle des ständigen Vertreters des Landeshauptmanns dem Landesrat Dr. Horion. Vom 1. April 1921 ab, und als im August 1921 Landeshauptmann Dr. v. Renvers aus seinem Amte schied, wurde Dr. Horion vom Provinzialausschuß als Stellvertreter des Landeshauptmanns bis zur Aufnahme der Geschäfte durch den neuen Landeshauptmann bestellt. Da alle Parteien des Provinziallandtages von der Tüchtigkeit des Landesrats Dr. Horion überzeugt waren, konnte es nicht ausbleiben, daß der 62. Rhein. Provinziallandtag in der Plenarsitzung vom 14. März 1922 ihn zum Landeshauptmann der Rheinprovinz auf die Dauer von 12 Jahren wählte.

Landeshauptmann Dr. Horion war überzeugter Katholik u. hat sich nie gescheut, seinen Glauben offen zu bekennen; auch aus seiner Zugehörigkeit zur Zentrumspartei hat er nie ein Hehl gemacht. Mit besonderem Dank blicken die rheinischen und die deutschen Katholiken auf sein Wirken im Verband der Vereine der akademisch gebildeten Katholiken. Nachdem er in früheren Jahren erster Vorsitzender des Düsseldorfer Vereins katholischer Akademiker war, wurde er als Nachfolger des Sanitätsrats Dr. Bergmann an die Spitze des großen Verbandes der katholischen Akademiker, dem er von der Gründung ab als Vorstandsmitglied angehörte, berufen. Seiner eifrigen Tätigkeit verdankt der Verband seinen großen Aufschwung.

Seine gesamte Tätigkeit war — wie das bei einem echten Katholiken selbstverständlich ist — nie einseitig in den Dienst der ihm weltanschaulich nahestehenden Interessen gestellt, sondern hat immer die Förderung des Gesamtwohles im Auge behalten. Mit Recht rühmte man an ihm seine vorbildliche Gerechtigkeit, die jedem das Seine gab.

Mit seinen vorzüglichen Eigenschaften als Beamter und Führer des öffentlichen Lebens verband Landeshauptmann Dr. Horion eine schlichte persönliche echt rheinische Art, gepaart mit einer vorbildlichen Frömmigkeit, die ihn auch in diesen Dingen als ein Muster jener aufrechten Mannesgestalten erscheinen ließ, an denen unsere Zeit zu arm ist, als daß sie achtlos an ihnen vorübergehen dürfte. R. I. P.

Nationalsozialistische Niederlagen in Lippe.

Gegen die Spitzelei.

Detmold, 18. Febr.

Die neue nationalistische Regierung blieb im Landtag zweimal in der Minderheit. Mit zwölf gegen neun Stimmen wurde der Erlaß, der die Oeffentlichkeit auffordert, sich am Schutz des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vor Beleidigungen zu beteiligen, aufgehoben. Bemerkenswerter Weise stimmte dabei auch der deutschnationale Abgeordnete gegen die Regierung. Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei brachte zum Ausdruck, daß insbesondere die Aufforderung, jedermann könne Beleidiger des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auf der Stelle festnehmen, sehr gefährlich sei. Wie er seine Landsleute kenne, würden diese sich jemand, der sie festnehmen wolle, sehr genau ansehen und prüfen, wie das Stärkeverhältnis sein werde.

Außerdem wurde ein Antrag der Bürgerlichen, der die Landesregierung um Erhaltung der Pressefreiheit ersucht und eine von der Regierung gegen eine lippische Zeitung ausgesprochene Verwarnung mißbilligt, mit ebenfalls 9:12 Stimmen angenommen. Auch hier stimmten sämtliche Parteien gegen die Nationalsozialisten.

Schwarz-weiß-rot und der Marxismus.

Im Jahre 1919. — — —

Wir leben augenblicklich in einer Zeit übelster politischer Geschichtsklitterei. Man erdreistet sich, offen und versteckt dem Zentrum, das bekanntlich Hugenberg unter allen Umständen ausgeschaltet wissen wollte, den Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit zu machen und erfrecht sich sogar, NSDAP-Versammlungen abzuhalten mit dem Thema: „Das Zentrum, der Totengräber der deutschen Nation. Es ist im Interesse der geschichtlichen Wahrheit notwendig, immer wieder mit unleugbaren Tatsachen, an Hand von Zahlen, nachzuweisen, wer 1919 dem Marxismus nachgelaufen ist und daß die sogenannten „Nationalen" von heute damals gegenüber dem Marxismus fast restlos versagt haben. Das geschieht in einem Artikel von Dr. Hans Pfeifer-Emmendingen in der „K. V.", in dem es heißt:

Erinnern wir uns, wie die politischen Verhältnisse damals bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in Wirklichkeit lagen. Von je 100 abgegebenen gültigen Stimmen hatten bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung erhalten:

Wahlkreis	Marxisten	Deutschnationale
Chemnitz	65,5	13,2
Leipzig	64,9	11,6
Berlin	64,0	9,3
Magdeburg	61,3	8,6
Merseburg	60,5	11,5
Thüringen	57,1	15,7
Potsdam I	56,7	12,6
Dresden	56,3	13,2
Hamburg	54,6	3,6
Frankfurt a. d. O.	51,8	18,7
Potsdam II	51,3	13,2
Ostpreußen	51,1	11,9
Liegnitz	50,2	13,6

In all diesen Gebieten hatten damals die Marxisten die absolute Mehrheit errungen. Selbst in Pommern, in dem im Jahre 1912 die Konservativen und die Reichspartei zusammen 46,1 v. H. aller Stimmen inne hatten, fiel der Anteil der Deutschnationalen im Jahre 1919 auf 23,9 v. H., während die Marxisten 42,8 v. H. aller Stimmen auf sich vereinigten. In Schleswig-Holstein hatten sich die Marxisten mit 49,2 v. H. aller abgegebenen gültigen Stimmen nahezu die absolute Mehrheit erobert, während die Deutschnationale ganze 7,7 v. H. aufzubringen vermocht hatten. In Mecklenburg kamen die Martisten mit 49,8 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen der absoluten Mehrheit noch näher, während der Anteil der Deutschnationalen, der vor dem Kriege etwa 30 v. H. betragen hatte, auf 13,0 v. H. zusammenschrumpfte.

Damals gehörte eben besonderer Mut dazu, gegen den Strom zu schwimmen, gegen die rote Flut sich zur Wehr zu setzen. Damals galt es aber, alles einzusetzen, um Deutschland vor dem drohenden Bolschewismus zu bewahren, eine absolute Mehrheit der Marxisten in der Nationalversammlung abzuwehren. In diesem schwersten vaterländischen Ringen versagte leider fast restlos das protestantische ostelbische Preußen. Denn dieses Ostelbien votierte in seiner absoluten Mehrheit für den Marxismus, während die Deutschnationale nur kümmerliche Zahlen dagegenzustellen vermocht hatten.

Wären die katholischen Gebiete — der Süden, Westen und Südosten Deutschlands — nicht gewesen, dann wäre Deutschland 1919 dem Bolschewismus verfallen und hätten die Marxisten in der Nationalversammlung die Alleinherrschaft errungen.

Zum Beweise stellen wir im folgenden die mehrheitskatholischen Wahlkreise den obigen Wahlkreisen gegenüber.

Von je 100 abgegebenen gültigen Stimmen hatten bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhalten:

Wahlkreis	Marxisten	Zentrum
Koblenz-Trier	22,6	57,6
Köln-Aachen	26,1	59,7
Niederbayern-Oberpfalz	29,6	49,7
Düsseldorf-West	27,7	49,8
Baden	34,8	36,2
Oberbayern-Schwaben	37,6	38,6
Oppeln	37,5	38,4

Diese Zahlen sind der schlagendste Beweis dafür, daß die Katholiken 1919 dem Marxismus einen festen Damm entgegenstellten, einen Damm, an dem die Flut des Marxismus auch gebrochen wurde. Es waren in der Tat die Katholiken, welche 1919 durch ihren festen Wall gegen den Marxismus, durch ihr entschlossenes Eintreten für das Zentrum 1919 unser Vaterland vor dem Bolschewismus bewahrt haben. Die nichtkatholische Bevölkerung dagegen kapitulierte weitgehend vor dem Marxismus.

Das sind Tatsachen die nicht weggeleugnet werden können. Wie können angesichts dessen die sogenannten „Nationalen" von heute das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, die politische Vertretung der gläubigen Katholiken Deutschlands, verleumden, diese beiden Parteien hätten Deutschland verraten, seien die Totengräber der deutschen Nation?

Wie das katholische Wählervolk 1919 seine vaterländische Pflicht erfüllt hat, so wird es auch heute allen Verdächtigungen und Verfolgungen zum Trotz seine deutsche Pflicht erfüllen, indem es durch geschlossenes Eintreten für Zentrum und Bayerische Volkspartei jedem Radikalismus sich entgegenwirft und dadurch das ganze Deutschland rettet.

Aus Westdeutschland.

„Rotkäppchen" wurde vom Storch überrascht

:: **Oeding** (Kr. Ahaus), 19. Febr.

Der Dienst eines Grenzbeamten in heutiger Zeit ist wohl recht abenteuerlich. Der erfahrene, im Nachtdienst erprobte Grenzer ist auf alles gefaßt und erweist sich in den meisten Fällen, auch in der schlimmsten und überraschendsten Begebenheit, als Herr der Lage. Und doch gibt es manchmal Ueberraschungen, mit denen selbst der erfahrenste Grenzer nicht rechnen kann. So auch in diesem Falle . . .

Unter dem Spitznamen „Rotkäppchen" ist hier eine Schmugglerin und sehr geschickte Anführerin einer gefürchteten Schmugglerbande aus dem Industriegebiet bekannt, der es bisher immer wieder gelang, den Zollbeamten zu entkommen. In einer der letzten Nächte war „Rotkäppchen" wieder auf Schmuggelfahrt. Als Vorläuferin einer Kolonne wußte sie wieder einmal ihre reichen Erfahrungen anzuwenden, bis sie plötzlich, von starkem Unwohlsein befallen, in hilflosem Zustand von einem Zollbeamten angetroffen wurde. Entgegen den alltäglichen Gewohnheiten seines Dienstes sah sich der Beamte veranlaßt, die Frau in ein naheliegendes Bahnwartehäuschen zu bringen, wo die Schmugglerin nach kurzer Zeit zur nicht geringen Ueberraschung des Zollbeamten und eines herbeigerufenen Beamten der Landjägerei einem Kinde das Leben schenkte. Mutter und Kind wurden zum Borkener Krankenhaus gebracht. Dabei kam sie im Straßengraben zu Fall und geriet unter das nach rechts umstürzende Auto. Schwer verletzt wurde sie in die nahe Wohnung geschafft, wo sie noch im Laufe des Abends ihren Verletzungen erlegen ist. — Personenwagen und Postauto wurden beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Der schwer betroffenen Familie des Barons von Spiegel wird aufrichtige Teilnahme entgegengebracht.

Kommunisten schießen auf Nationalsozialisten.

:: **Recklinghausen-Süd**, 19. Februar.

Als in der Nacht zum Samstag gegen 23 Uhr zwei Nationalsozialisten die Baumstraße passierten, wurden sie von einer größeren Anzahl Kommunisten, die sich in den Toreinfahrten der Häuser angesammelt hatten, mit den Rufen „Rot Front!" empfangen. Gleichzeitig gaben die Kommunisten auf die beiden Nationalsozialisten etwa 8—10 Schüsse ab, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Die beiden Nationalsozialisten machten sich davon und wurden von einer Anzahl Kommunisten bis auf die Hochstraße verfolgt. Hier riefen die Moskowiter: „Fenster zu, es wird geschossen!" Den beiden Nationalsozialisten gelang es, sich in Sicherheit zu bringen. Einer von ihnen alamierte das Ueberfallkommando, das schnell zur Stelle war. Als sich der Kraftwagen des Ueberfallkommandos näherte, wurde von einem Kommunisten ein Warnsignal abgegeben und die Kommunisten stoben nach allen Seiten auseinander. In einem Hause an der Hochstraße wurde ein gewisser Anton Novak, der in das Haus gelaufen war, aber nicht dorthin gehörte, von der Polizei festgenommen. Er ist dringend verdächtig, an dem Ueberfall teilgenommen zu haben. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Raubüberfall auf einen Lehrling.

— **Castrop-Rauxel**, 19. Februar.

Auf der Roonstraße im Stadtteil Schwerin wurde am Samstag gegen 20 Uhr der 17jährige Metzgerlehrling Schmidt im verletzten und besinnungslosen Zustande aufgefunden. Der Lehrling, der Fleisch zu verschiedenen Kunden gebracht hatte, war auf dem Wege zu seinem Meister von einem Mann überfallen und niedergeschlagen worden. Der Täter hatte ihm dann den Geldbetrag, der bei den Kunden einkassiert worden war, geraubt. Der Räuber ist entkommen.

Schweres Autounglück.

Warburg, 19. Februar.

Am Eingang des Dorfes Bühne ereignete sich ein schweres Autounglück. Der Personenwagen des Barons Hermann v. Spiegel kam aus der Brinkstraße und wollte in die Borgentreicher Straße einbiegen. In der Kurve sah sich Baron von Spiegel, der seinen Wagen selbst steuerte, plötzlich dem Postauto der Strecke Warburg—Manrode gegenüber. Er versuchte, diesem auszuweichen, was ihm leider nicht mehr gelang. Der Personenwagen wurde von dem Postauto erfaßt und in den Straßengraben gedrückt. Baronin von Spiegel, die im Wagen saß, versuchte angesichts der Gefahr aus dem Wagen zu springen. Hierbei kam sie im Straßengraben zu Fall und geriet unter das nach rechts umstürzende Auto. Schwer verletzt wurde sie in die nahe Wohnung geschafft, wo sie noch im Laufe des Abends ihren Verletzungen erlegen ist. — Personenwagen und Postauto wurden beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Der schwer betroffenen Familie des Barons von Spiegel wird aufrichtige Teilnahme entgegengebracht.

Schüsse auf flüchtende Plakatkleber.

¶ **Hagen**, 19. Februar.

Samstag morgen gegen 4 Uhr wurden in der Berlinerstraße im Stadtteil Haspe zwei Personen, die damit beschäftigt waren, Plakate hochverräterischen Inhalts anzukleben, von einer Polizeistreife überrascht. Auf den Anruf der Polizeibeamten flüchteten die beiden. Die Beamten machten darauf von der Schußwaffe Gebrauch und verletzten einen von ihnen am Oberschenkel. Eine nähere Untersuchung ergab, daß sich an dem Ort außer den Plakaten noch eine 08-Pistole befand. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft, während der andere ins Polizeigefängnis überführt wurde.

Kaufmann unterschlägt 100 000 Mark.

+ **Köln**, 19. Februar.

Ein 33 Jahre alter Kaufmann, der bei einer hiesigen Zweckparkasse rund 100 000 Mark unterschlagen hatte, stellte sich gestern freiwillig der hiesigen Polizei. Durch die Veruntreuungen sind die Sparer der Kasse um ihre erheblichen Einlagen betrogen worden.

Schließung kommunistischer Versammlungslokale.

v **Köln**, 19. Februar.

Auf Grund der Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 sind mehrere Versammlungslokale der Kommunistischen Partei, in denen in der letzten Zeit polizeilich nicht angemeldete oder verbotene Versammlungen stattgefunden haben, polizeilich geschlossen worden. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich in der Hauptsache um solche Lokale, von denen aus in der letzten Zeit häufig Unruhen und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgegangen sind.

Waffenfunde bei Kommunisten.

◇ **Bonn**, 19. Februar.

Die Bonner Polizei nahm bei bekannten Mitgliedern der KPD Haussuchungen vor. Dabei wurden Waffen und Munition sowie ein Vervielfältigungsapparat gefunden, der zur Herstellung illegaler Schriften gedient hatte.

Feierliche Eröffnung des Trierer Senders.

)(**Trier**, 19. Februar.

Die feierliche Eröffnung des neuen Trierer Gleichwellensenders, der der Südwestdeutschen Rundfunkgesellschaft m. b. H. Frankfurt a. M. angeschlossen ist, erfolgte in Anwesenheit der Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, von Vertretern der Stadtverwaltung, der Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Schulverwaltung und der Presse. Präsident Abt wies darauf hin, daß die Trierer Funktürme dem aus dem Ausland Kommenden künden sollen, daß Deutschland trotz allem noch die Kraft besitze, deutsche Kultur, deutsche Kunst und Wissenschaft auf den Schwingen des Aethers bis an die Grenzen des Reiches zu tragen.

Oberbürgermeister Dr. Weitz sprach seine Freude darüber aus, daß nunmehr die alte Stadt Trier und das hartbedrängte westliche Grenzland dem deutschen Rundfunk angeschlossen seien. Trier werde aus seinem unerschöpflichen Born alter Kultur der gesamten Rundfunkwelt unermeßlich reiche Gaben spenden. Für den Vorstand des Südfunks hieß Dr. Schüller-Frankfurt a. M. das Trierer Land und die Grenzbevölkerung willkommen in der Gemeinschaft des Südfunks. Aus Anlaß der Eröffnung des Trierer Zwischensenders hat der Südwestdeutsche Rundfunk in Frankfurt a. M., auf dessen Welle der Trierer Sender betrieben wird, für die ersten Tage ein umfassendes Programm aufgestellt, das speziell Trier und das Trierer Land berücksichtigt.

★

× **Münster**, 19. Febr. **Die Münsterische Zentrumspartei** führte heute in den Straßen der Stadt durch die Katholische Liga eine Büchsensammlung durch, die ein hervorragend gutes Ergebnis hatte. Die Anhänger der Zentrumspartei opferten gern und reichlich und bewiesen damit auch nach außen hin ihre unverbrüchliche Treue zur Sache.

◆ **Köln**, 19. Febr. **Sozialdemokratische Zeitung beschlagnahmt.** Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Rheinische Post", Nummer 7 vom 18. 2. 33, ist kurz nach ihrer Fertigstellung von der Polizei beschlagnahmt worden.

Tränengas in Berlin.

Berlin, 18. Februar.

Auf eine Filiale der zum Karstadt-Konzern gehörenden Epa-Einheitspreis A.-G. in Weißensee wurde heute ein Tränengasanschlag verübt. Nachmittags, als ein zahlreiches Käuferpublikum die Räume füllte, machte sich plötzlich in dem Geschäftslokal ein intensiver Geruch bemerkbar. Man konnte feststellen, daß Tränengas die Räume erfüllte, denn alle Anwesenden, Käufer und Personal, bekamen tränende Augen, Atmungsbeschwerden, Hustenreiz usw. Fluchtartig und in großer Erregung verließ das Publikum das Geschäft. In aller Eile wurden Fenster und Türen aufgerissen, um den in dicken Schwaden durch die Räume ziehenden Gasen Abzug zu verschaffen, während gleichzeitig die Polizei von dem Vorfall benachrichtigt wurde. Man fand dann an vier Stellen in Ecken und Winkeln hinter Verkaufsständen dickbauchige Glasflaschen mit der das Tränengas erzeugenden Flüssigkeit. Die Behälter waren von bisher unbekannt erzeugenden Tätern dort während des Andrangs des Samtasgeschäfts heimlich niedergelegt worden und als man den Anschlag entdeckte, waren seine Urheber natürlich über alle Berge. Eine Verkäuferin ist infolge Einatmens größerer Reizgasmengen erkrankt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

★

Auch in Pariser Warenhäusern.

:: **Paris**, 17. Febr. Die Protestbewegung gegen die Steuerpläne der Regierung hat sich die Geschäftswelt in fast sämtlichen Städten der Provinz durch mehrstündige Schließung der Betriebe angeschlossen. In Paris selbst wurde in einigen größeren Warenhäusern versucht, den Betrieb durch Tränengas zu stören. Diese Aktionen haben jedoch keinen Erfolg gehabt. Fünf Personen sind festgenommen worden.

Krawall im polnischen Generalkonsulat in Paris.

6 Beamte verletzt.

◇ **Paris**, 18. Februar.

Im polnischen Generalkonsulat in Paris kam es am Donnerstag zu einem ernsten Zwischenfall, bei dem sechs Konsulatsbeamte durch Messerstiche schwer verletzt wurden. Eine Gruppe von 60 polnischen Arbeitslosen hatte an einer Kundgebung der Internationalen Roten Hilfe teilgenommen und sich dann zum Konsulat begeben. Um die Aufmerksamkeit des wachthabenden Polizeibeamten nicht zu erwecken, betraten sie einzeln das Konsulatsgebäude und versammelten sich erst in der Vorhalle. Auf ihre Vorstellungen hin erklärte sich der Konsul bereit, eine Abordnung von sechs Mitgliedern zu empfangen. Kaum hatten diese das Arbeitszimmer des Konsuls betreten, als die in der Vorhalle wartenden Arbeitslosen die Tür zertrümmerten, um zu ihren Kollegen vorzudringen. Das Personal des Konsulats versuchte, die Eindringlinge aufzuhalten, wobei sechs Beamte durch Messerstiche verletzt wurden. Der Konsul selbst erhielt nur unwesentliche Verletzungen durch Glassplitter. Erst ein starkes Polizeiaufgebot konnte dem Treiben der polnischen Kommunisten ein Ende machen und nahm 50 Verhaftungen vor.

★

Ein Raubmörder festgenommen.

◇ **Berlin**, 17. Febr. Die Urheber des Raubes in dem nördlichen Berliner Vorort Pankow, bei dem am 1. Februar der Malermeister Kocherschossen, sein Begleiter schwer verwundet und 12 500 ℳ Mietsgelder geraubt wurden, sind jetzt ermittelt und festgenommen worden. Ein Zapfer, der früher in dem Häuserblock gewohnt hat, und ein Sportlehrer, der wegen Fahrrad- und Motorraddiebstahls vorbestraft ist, haben die tödlichen Schüsse abgegeben. Außerdem wurden drei Männer und zwei Frauen verhaftet, die der Mittäterschaft verdächtig sind.

Automobil-Gelegenheitskäufe!

Ford	11/22	PS.	RM. 150.—
Adler	6/25	PS.	RM. 450.—
Essex	9/40	PS.	RM. 500.—
Erskine	9/40	PS	RM 650.—
Brennabor	6/25	PS.	RM. 450.—
Chrysler	12/55	PS.	RM. 850.—
Benz	10/30	PS	RM. 775.—
N.A.G.	12/60	PS.	RM 800.—

und noch viele andere Personen- u. Lastwagen
Teilzahlung gestattet. [513

Fischer & Co. G. m. b. H.,
Automobil-Großhandlung
Münster i. W. Bielefeld

Technikum Bingen-Rh.
Höhere technische Lehranstalt. Ingenieurausbildung im Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenbetonbau, Automobil- und Flugzeugbau. Progr. frei.

Glasaufsätze / Ladeneinrichtungen

Vertreterbesuch unverbindlich

L. H. Christenhusz - Spezialfabrik
Fernruf 2 37 60 . Münster i. W., Goldstr. 1/3 (a. Hörsterpl.)

Konkurs- Verhütung durch C. Schickel, Münster, Hermannstr. 63 NB. 20jähr. Praxis i. d. Refer.

Zum 1. März [685
Lehrköchin
für größeren Haushalt gesucht.
Angebote an
Gräfin Droste, Burg Bisphering b. Lüdinghausen.

Ford-Lastwagen.
Das neue
3,3-To.-Chassis mit 13/50 Vierzylind.-Motor kommt bei Neukauf für Sie nur in Frage. Preiswert in Anschaffung und Unterhaltung. Höchste Qualität. Große Ladefläche. Verlangen Sie Prospekte!
Fischer & Co. G. m. b. H.,
Automobile.
Münster Bielefeld

Stadt Bocholt.

Montag, den 20. Februar 1933.

Verbesserung der Urlaubskarten?

Die Sommerurlaubskarte, die bei ihrer Einführung im vergangenen Jahre großen Anklang gefunden hat, wird auch in diesem Jahre wieder zur Ausgabe gelangen. Schon häufiger sind mit Recht in der Oeffentlichkeit Klagen über gewisse Bestimmungen geführt worden, die gerade weiteste minderbemittelte Kreise von der Benutzung der Sommerurlaubskarte ausschließen. Eine Urlaubskarte, auf die eine Fahrpreisermäßigung von 20% gewährt wird, konnte nur dann gelöst werden, wenn die Zielstation mindestens 200 km entfernt lag und die Rückfahrt nicht vor dem 11. Tage angetreten wurde. Praktisch wurden durch diese einschränkenden Bestimmungen gerade die breiten minderbemittelten Schichten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks von der Benutzung der Urlaubskarte ausgeschlossen, weil die hier in Frage kommenden nahegelegenen rhein. und westf. Erholungsgebiete durchweg innerhalb der 200 km-Grenze lagen. Es muß daher von der Reichsbahn gefordert werden, daß bei der Wiederauflage der an und für sich begrüßenswerten Sommerurlaubskarte die bisherigen einschränkenden Bestimmungen wesentlich gemildert werden. Die Mindestentfernung der Zielstation von 200 km muß auf wenigstens 100 km herabgesetzt werden. Da die Urlaubszeit vielfach unter 11 Tagen bleibt, muß ferner erreicht werden, daß die Rückfahrt auf der Sommerurlaubskarte schon nach Ablauf einer Woche angetreten werden kann. Auch das bisherige unverständliche Verbot der Fahrtunterbrechung auf der Hinreise muß fallen. Wie bei jeder normalen Fahrkarte muß auch bei der Sommerurlaubskarte die einmalige Fahrtunterbrechung auf der Hin- und Rückreise gestattet werden. Hoffentlich bricht sich die neuerdings erfreulicherweise zu Tage getretene Aufgeschlossenheit der Reichsbahn auch in diesem Falle Bahn. Die bisherigen einschränkenden Bestimmungen, die gerade ihres antisozialen Charakters wegen viel böses Blut erregt haben, müssen fallen. Nur wenn die hier genannten Mindestforderungen, die immer wieder in der Oeffentlichkeit erhoben worden sind, erfüllt werden, wird die Sommerurlaubskarte zu Popularität und großzügiger Verbreitung gelangen.

Bilanz der „Stolze-Schreyaner".

Der Bocholter Stenographenverein „Stolze Schrey" e. V. hielt unter außerordentlich starker Anteilnahme der Mitglieder im Lehrlingssaal des kath. Gesellenhaus seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach herzlichen Begrüßungsworten gab der 1. Vorsitzende Heiter den Jahresbericht. In erster Linie konnte er feststellen, daß sich der Besuch der Uebungsabende gegen das Vorjahr ganz beträchtlich gehoben hat. Auch im verflossenen Jahr war es dem Verein möglich, den ersten und zweiten Wanderpreis des Niederrheinkreises Stolze-Schreyscher Stenografen zum zweiten Male zu erringen. Ferner steht der Verein mit einer 300 Silben-Wettschreibeleistung an der Spitze der Kreisvereine. Der Mitgliederbestand hat sich erfreulicherweise trotz der schweren Wirtschaftskrise gehalten. Er betonte ferner, daß das wirtschaftlich schlechte Jahr 1932 für die fortschrittlichen Kurzschriftgemeinschaften, im besonderen für Stolze-Schrey, bedeutsame Erfolge gebracht habe. Er kam dabei nochmals auf die letzten ministeriellen Erlasse zu sprechen. Die Schule Stolze-Schrey weist, trotzdem sie keinerlei staatliche Förderung und Begünstigung genießt, sondern ganz und gar auf sich allein angewiesen ist und schon 8 Jahre unter planmäßigen Ausrottungsversuchen zu leiden hat, immer noch einen stattlichen Bestand auf. Ein schöner Erfolg war dem Verein insofern beschieden, als es ihm im vergangenen Jahre möglich war, zwei neue Vereine zu gründen; nämlich einen Schülerstenographenverein und den Stenographenverein „Blitz" Rhede, in denen wie aus dem Berichten des Herrn Vahle hervorging, reges Leben herrscht. Der langjährige Kassierer des Vereins, Herr Ernst Wüstmann, gab hierauf den Kassenbericht, der sich nach dem Bericht der Prüfer in bester Ordnung befindet. Vor der Vorstandswahl teilte Herr Vahle der Versammlung mit, daß er seinen Posten als 1. Vorsitzender niederlegen möchte, weil er sich intensiv der Arbeit des Schülerstenographenvereins widmen wolle. Die eigentliche Wahl selbst hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Karl Heiter, 2. Vorsitzender Heinz Winter, 1. Schriftführer Frau Emmy Heiter, 1. Kassierer Ernst Wüstmann, Bibliothekar Frl. Wilhelmine Schüring, Beisitzer: Riechmann, Frl. Trude Vallée, Ernst Kamps. Nachdem noch eine Neuaufnahme getätigt war, wurde die angeregt verlaufene Versammlung mit kräftigem Schrift Heil geschlossen.

Katholische Volkskundgebung
für
Wahrheit, Freiheit und Recht.

Die katholischen Vereine und Verbände werden zu einer

Massenkundgebung

auf **Donnerstag abend 7 Uhr** aufgerufen.

Männer! Jungmänner! Frauen! Jungmädchen!

Erscheint in Massen, um die Kundgebung glanzvoll und eindrucksvoll zu gestalten!

Werbt alle in Euren Kreisen! Holt auch die Kleinmütigen und Lauen herbei!

Nähere Anweisung erfolgt durch die einzelnen Vereine und Verbände.

Der Gesamtausschuß der kath. Vereine und Verbände Bocholts.
Die Pfarrgeistlichkeit.

Kommt ein „soziales Mietrecht"?

Die Wohnungswirtschaft nach dem 1. April 1933.

= Nach den Notverordnungen vom 1. Dezember 1930 und 8. Dezember 1931 wird das Wohnungsmangelgesetz mit dem 1. April 1933 aufgehoben. Das Reichsmietengesetz und das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter treten nach diesen Verordnungen gleichfalls außer Kraft, falls bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, durch das die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Die „Wohnungszwangswirtschaft" soll also am 1. April 1933 ihr Ende finden. Die Reichsregierung hat zu der Frage, ob und nach welcher Richtung ein Eingreifen des Gesetzgebers zur Regelung der Wohnungswirtschaft nach dem 1. April 1933 notwendig erscheint, noch keine Stellung genommen.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß bis zu diesem Zeitpunkt bereits ein neues „soziales Mietrecht" unter Umgestaltung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschaffen wird. Dagegen schweben Erwägungen über den Erlaß von Uebergangsvorschriften. Den Mitteilungen der Städte ist zu entnehmen, daß die **Wohnungsmarktlage in vielen Orten noch keineswegs ausgeglichen ist,** vielmehr vielfach ein fühlbarer Mangel an billigen Klein- und Kleinstwohnungen besteht. Zahlreiche Städte befürchten ernste Schwierigkeiten durch Zunahme der Zwangsaussetzungen und die Notwendigkeit der Obdachlosenunterbringung, wofür Mittel in dem erforderlichen Umfang nicht zur Verfügung stehen. Es wird daher gegenwärtig vom Städtetag geprüft, ob und welche gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu fordern sind. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, ob die Höhe der Mietzinsbildung völlig der freien Vereinbarung der Parteien überlassen bleibt und die im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltene Regelung des Kündigungsrechts des Vermieters ohne Beeinträchtigung der kommunalen Interessen hingenommen werden kann. Insbesondere wird auch zu erwägen sein, ob die Frage der Obdachlosenunterbringung nicht doch geboten erscheinen läßt, den Gemeinden einen Zugriff auf leerstehende oder freiwerdende Wohnungen (Wohnungsbeschlagnahme, Zwangsmietvertrag usw.) zu gewähren.

Staatliche Bullen- und Eberkörung.

× Die staatliche Bullen- und Eberkörung wird im Regierungsbezirk Münster wieder im Laufe des Monats März durchgeführt werden. Diese Körung hat den Zweck, die allgemeine Landestierzucht zu verbessern und auf eine höhere Stufe der Leistungsfähigkeit zu erheben. Um auch die Gebrauchszuchten nach Möglichkeit an dem Nutzen der bestehenden Zuchteinrichtungen (Herdbuch, Kontrollvereine) teilnehmen zu lassen, wird gefordert, daß mindestens Vater und Mutter der vorgestellten Tiere in einem Herdbuch eingetragen sind, worüber ein Abstammungsnachweis oder wenigstens eine Bescheinigung des Züchters vorgelegt werden muß. Es dürfte bekannt sein, daß nach Gesetz jede Gemeinde eine genügende Anzahl von gekörten Bullen aufweisen muß und daß die Benutzung eines ungekörten Bullen oder Ebers für fremde weibliche Tiere polizeilich untersagt ist. Es empfiehlt sich deshalb, die brauchbaren Bullen und Eber zu den noch bekannt werdenden Terminen vorzustellen. Für die Prämiierung der staatlich gekörten Bullen stehen für jeden Kreis etwa 300 Mark zur Verfügung. — Die Eber sollen 8 Monate alt sein und nachweislich dem Zuchttyp des veredelten deutschen Landschweines angehören. Der Nachweis ist durch Vorlage eines Abstammungszeugnisses zu führen. Auch für die Eberprämiierung sind von den Kreisen bezw. Münsterländer Schweinezuchtverein Gelder zur Verfügung gestellt worden.

Aus der Umgegend.

Rhede

× **Gesellenverein.** Am Freitag abend fand im Kolpingssaale der Heimabend für die Rheder Gesellen und Meister statt. Kaplan Schlettert wies eingangs darauf hin, daß vom Verband das neue Buch „Der Ratgeber für Handwerker" für diejenigen, die auf Ablegung der Meisterprüfung reflektieren, empfohlen sei. Vom Diözesanverband ist ein freiwilliger Arbeitsdienst für die Gesellen eingerichtet. Die arbeitslosen Rheder Gesellen, die Interesse hierfür haben, mögen sich bis spätestens 27. Februar beim Senior melden. Weiter wurde der Münchener Gesellentag besprochen und dann feierten die Kolpingsjünger ihr „Fasselaovend". Bei lustigen Liedern, Couplets und Filmvorführungen verbrachte man den Abend in recht froher Weise.

× **Immer wieder Schmuggel.** Im hiesigen Gelände konnte ein Grenzbeamter zwei Schmuggler stellen. Einer der Täter konnte zur Anzeige gebracht werden. 75 Pfund Tabak und einige Pfund Kaffee wurden beschlagnahmt.

Krechting

× **Vereitelter Einbruchsdiebstahl.** Nachts versuchten unbekannte Personen bei einem hiesigen Bürger einzubrechen. Die Söhne des Hauses aber wurden aufmerksam. Einer der Täter konnte vorerst noch eine Strecke des Weges verfolgt werden.

Vom Niederrhein.

Ringenberg

ö. **Zentrumsversammlung.** Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heute (Montag) abend um 8 Uhr im Weckschen Saale der Reichsminister a. D. Dr. Bell spricht. Dr. Bell ist einer der Unterzeichner des Friedensvertrages und deshalb einer der am härtesten bekämpften Parlamentarier der Zentrumspartei.

Loikum

b. **Einbruch.** In der Nacht zum Sonntag statteten Diebe dem hiesigen Pastorat einen Besuch ab. Mittels eines Hebels erbrachen sie die Gitter des Kellerfensters und konnten so ungehindert einsteigen. Doch war die Beute nur gering. Außer ein paar Flaschen Wein und einigen Lebensmitteln wurde weiter nichts entwendet. Die Diebe waren sicher wohl ortskundig. Denn zufällig haben sie sich beim Kirchenküster die Holzhebel zum Einbrechen herbeigeholt. Wie wir weiterhin erfahren, soll in derselben Nacht auch in Wertherbruch beim Wirt Berning ein fettes Schwein gestohlen worden sein.

Millingen.

e. **Hebetermine** zur Zahlung der ersten Rate der Bürgersteuer 1933: am Mittwoch, dem 22. Februar: von 9 bis 9,30 Uhr in Haffen, von 10 bis 11 Uhr in Mehr, von 12 bis 1 Uhr in Mehrhoog, von 3 bis 4 Uhr in Haldern; am Donnerstag, dem 23. Februar: von 9 bis 10 Uhr in Loikum, von 11 bis 1 Uhr in Wertherbruch; am Freitag, dem 24. Februar: von 9 bis 10 Uhr in Heelden, von 11 bis 12 Uhr in Vehlingen, von 2 bis 3 Uhr in Millingen, von 4 bis 4,30 Uhr in Empel.

Zeitschriftenschau.

Die Kunst.

„Die neue Stunde in der Kunst" — unter dieser Ueberschrift eröffnet Wilhelm Michel das neue Heft der Münchner Monatsschrift (Verlag F. Bruckmann A. G. München) mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft, in der die Ueberwindung der Kunstfeindschaft sich fühlbar ankündigt. Nicht um die Kunst zu retten, sondern um die Wirklichkeit und die Lebensintensität zu retten, muß die mit der Kunstfeindschaft verbundene Denkweise verlassen werden. Das ist ein Geschehen, das faktisch schon im Gange ist, das nicht Hoffnung, das nicht Forderung, sondern nach dem Urteil Michels schon feste Gewißheit ist. — Mit einer farbigen Reproduktion eines Blattes aus den Prinzregenten-Aquarellen von Max Slevogt beginnt die glänzende Reihe der Illustrationen. Im Rahmen einer kritischen Führung durch die vergangene Herbstausstellung der Wiener Sezession sehen wir Abbildungen aus der Gruppe „Genrebilder von heute" von verschiedenen Künstlern. Der Bildhauer Lorenz Zilken führt uns mit seinen plastischen Schöpfungen zu einem wirklichen Erlebnis. Ein mexikanischer Maler Orozco, der seiner graphischen Blätter wegen gern der mexikanische Goya genannt wird, läßt in den hier abgebildeten Wandmalereien starkes Erleben und Mitempfinden in Formen ausfluten. Aus dem Wirkungsbereich der Staatlichen Majolikamanufaktur-Karlsruhe erfreuen uns plastische Arbeiten des Bildhauers Mauritius Pfeiffer, die teils von warmem sprudelnden Humor wie von religiöser Verinnerlichung zeugen. In Verbindung mit einem Nachruf auf den am Weihnachtsabend verstorbenen Münchner Altmeister von Herterich wird u. a. eines seiner Hauptwerke „Ulrich von Hutten" in ganzseitiger Reproduktion gezeigt. Eine über 2 Seiten gehende Reproduktion eines Details „Die Malschule" von Felice Carena beschließt den malerischen Teil des Heftes. — Der der Wohnkultur gewidmete Teil wird fast ausschließlich von Außen- und Innenansichten eines von Architekt Professor Martin Elsaesser (Frankfurt a. M.) luguriös gestalteten Eigenheims eingenommen. Beneidenswert ist, wer seinem Wohnanspruch so ideale Gestaltung geben kann, wie der glückliche Eigentümer dieses Wohnpalastes, dem ein eigener Spiel- und Sportflügel, ein Reitgarten, ein Schwimmbad usw. angegliedert ist. Von feinem Empfinden zeugt die Abhandlung über Blumenbinden im japanischem Heim, das in Japan neben den Teezermonien fast jede Frau erlernt. Diese Kunst bedeutet ein Sichversenken in die Natur, ein Einfühlen und Eintasten in Gestalt und Leben der Pflanzen, wie sie in besonderem Maße den Kindern des Ostens gegeben ist. Ein Aufbauhaus in verschiedenen Varianten, Klangporzellane und anregungsvolle Beiträge über ästhetische und praktische Fragen der Wohnungsgestaltung beschließen das wiederum sehr reichhaltige Heft, das für RM. 2.50 durch jede Buchhandlung zu beziehen ist.

Gottes heiliger Wille war es, als er am Samstag abend 8.30 Uhr meine liebe unvergeßliche Gattin, uns Kindern die treusorgende, ganz hingebende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Bernh. Benning
Johanna geb. **Ortmann**

im Alter von 68 Jahren zu sich in den Himmel nahm. Der Herrgott stärkte sie in ihrem langen schweren Leiden, das sie mit bewunderungswürdiger Geduld ertrug, durch den öfteren Empfang der hl. Sakramente. Ihr Leben war selbstlose Pflichterfüllung, tief religiös und fromm.

Um ein Momento und ein andächtiges Gebet bitten

in tiefem Schmerz

die trauernden Angehörigen.

Bocholt, Heelden, Vehlingen, Millingen, Haldern, Duisburg-Wedau, Radevormwalde, den 19. Februar 1933.

Das hl. Seelenamt findet statt am Mittwoch morgen 8.30 Uhr in der St. Georgskirche, darauf die Beerdigung vom Sterbehause (Schwanenstraße 26b), wozu frdl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Geschenke
für jeden Zweck
kaufen Sie am günstigsten dort, wo Sie die größte Auswahl, die billigsten Preise und stets das Neueste haben. Bestecke äußerst billig.
Spezialhaas
Duttmann, Osterstr. 11.
Porzellan — Kristall — Kunstgewerbe.

KREIS BORKEN
Bekanntmachung

Zum Trichinenschauer für Hausschlachtungen sind bestellt worden:
1. **Schaubezirk „Amt Liedern** III" mit den Gemeinden Lowick u. Liedern: Trichinenschauer Johann Tepasse in Lowick.
2. **Schaubezirk „Amt Liedern** IV" mit den Gemeinden Herzebocholt und Werth: Trichinenschauer Josef Koppers in Suderwick, Stellvertreter Heinrich Kemmink in Suderwick.
3. **Schaubezirk „Amt Liedern** VI" mit den Gemeinden Spork und Suderwick: Trichinenschauer Wilh. Kastein in Suderwick, Stellvertreter Heinrich Kemmink in Suderwick.
4. **Schaubezirk „Amt Liedern** II und V": Johann Tepasse in Lowick zum stellvertretenden Trichinenschauer.
5. **Schaubezirk „Anholt"**: zum stellvertretenden Trichinenschauer Josef Koppers in Suderwick.

Es werden aufgehoben:
1. Schaubezirke Anholt u. Amt Liedern IV: die Bestellung des Josef Schemkes in Suderwick zum stellvertretenden Trichinenschauer für Hausschlachtungen.
2. Schaubezirke „Amt Liedern II und V": die Bestellung des Wilhelm Kastein in Suderwick zum stellvertretenden Trichinenschauer für Hausschlachtungen.
3. Gemeinde Suderwick: die Bestellung des Josef Koppers zum Trichinenschauer für Hausschlachtungen.

Borken, den 17. Februar 1933.
Der Landrat.

Stadttheater Duisburg
Spielplan
vom 19. bis 28. Februar

Montag, 20. 2. 20 bis 22 Uhr
Auf Veranlassung der Gesellschaft d. Theater- und Musikfreunde
Abend moderner Kammermusik.
Musik. Leitung: Erwin Baltzer.
Außer Vormiete.
Preise 3, 0,30—1,00 M

Dienstag, 21. 2. 20.15 bis 22.15 Uhr
Tanzveranstaltung!
Der Dreispitz
von M. de Falla und
Kammertänze
Vormiete 3[19]
Preise 3, 0.40—3.00 M

Mittwoch, 22. Febr. 20 bis 23 Uhr
Zar und Zimmermann
Komische Oper in 3 Aufzügen von Lortzing
Vormiete 5[18]
Preise 2: 0,60—4 M

Donnerstag, 23. Febr. 20 bis 23 Uhr
Morgen gehts uns gut
Posse mit Gesang von Hans Müller
Außer Vormiete
Preise 3: 0,40—3 M

Freitag, 24. Febr. Geschlossen.

Auswärtige Theaterbesucher erhalten zu den Mittwoch-, Samstag- und Sonntagaufführungen im Stadttheater Duisburg Sonntags-Rückfahrkarten!

Samstag, 25. Febr. 20 bis 23,30 Uhr
Zum ersten Male!
Im weißen Rößl
Singspiel in 3 Akten von Hans Müller
Vormiete 1[19]
Preise 1: 0,70—5 M

Sonntag, 26. Febr. 20 bis 22,30 Uhr
Einmaliges Gastspiel
Henny Porten
in
Morgen um 5 . . .!
Lustspiel in 3 Akten von Felix Josty
Außer Vormiete
Preise 2: 0,60—4 M

Montag, 27. Febr. 20 bis 23,30 Uhr
Im weißen Rößl
Singspiel in 3 Akten von Hans Müller
Vormiete 4[19]
Preise 1: 0,70—5 M

Dienstag, 28. Febr. 20 bis 22,15 Uhr
In jeder Ehe
Komödie in 3 Akten von Cecil Chesterton und Ralph Neale.
Vormiete 3[20]
Preise 3: 0,40—3 M

RHEDE
Verdingung.

Die Arbeiten zur Regulierung des Rheder Baches im Dorfe Rhede zwischen Bahnhofstraße und Münsterstraße und in der Gemeinde Vardingholt vom Dorfe Rhede bis zur Bocktenkbrücke an der Vardingholter Chaussee (ca. 2,5 Klm.) sollen getrennt vergeben werden. (129

Angebotsformulare können vom Amte bezogen oder im Amtshause entgegengenommen werden. Die Unterlagen für die Bauausführung liegen vormittags im Baubüro im Amtshause zur Einsicht offen.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum **1. März 1933, vormittags 10 Uhr,** im Amtshause (Zimmer Nr. 2) abzugeben.

Rhede, den 18. Februar 1933.
Der Bürgermeister: Dörner.

6000 M.
als 1. Hypothek nur von Selbstgeber gesucht.
Offert. unter **Nr. 123** an das Volksblatt erbeten.

Echte 800. gestempelte
Silberbestecke
erster Fabriken
außerordentlich preiswert bei
Duttmann
Osterstraße.

Husten- Bronchitis, Heiserkeit, Verschleimung bewährt unter Garantie
Husta-Glycin
Drogerie Feldmann, Neustr. 13

1—2 Mädchen finden in gutem kleinen Haushalt (126
Kost und Logis
Näher. d. Volksblatt.

1 junge Kuh
1 Rind
schwarzbunt, beide hochtragend, zu verkaufen.
Gerh. Fischer, Liedern.

Eine Partie gutes, süßes
Wiesenheu
per sofort zu kaufen gesucht.
Joh. Terhorst, Bocholt, Dinadener Str. 27.

Habe zwei guterhalt.
Kochherde
abzugeben.
Ein schwarzemaillierter zu 25 Mk. und ein weißemaillierter zu 30 Mk.
Witwe W. Kastein, Suderwick, Zollstr. 46, b. Wirtsch. Tangelder

2 prima, schwarzb. hochtragende
Rinder
hat zu verkaufen
Franz Sprünken, Loikum

Sturzbuttermasch.
billig zu verkaufen.
Anton Telaar, Altrhede 30.